

Unterschiede nur bezüglich der Standorte

Weingartener CDU wehrt sich gegen Verweis auf „fehlendes Verantwortungsgefühl“

Weingarten. Wichtige Entscheidungen des Gemeinderates sollten immer erst nach Anhörung der Bürger erfolgen. Diese Meinung der CDU-Fraktion im Gemeinderat Weingarten sieht deren Fraktionsvorsitzender Gerhard Fritscher zuletzt in der Informationsveranstaltung zur Flüchtlingsunterbringung am Ort „durch die vielen Wortbeiträge der Bürger mehr als klar bestätigt“.

Anlass für Fritschers Stellungnahme ist eine in den BNN veröffentlichte Leserzuschrift, in der moniert wird, es sei bedauerlich, „dass eine Fraktion ihre Zustimmung zum ansonsten einstimmigen Beschluss nicht geben wollte“, als im Gemeinderat über mögliche Standorte der Unterbringung gespro-

chen wurde. Weiter hieß es, dass die Begründung, „man wolle den Bürgern nicht vorgreifen“ den Verdacht aufdrängen, dass es „am nötigen Mut und Verantwortungsgefühl gefehlt“ hat. Die „eine Fraktion“ ist die CDU.

Deren Vormann im Gemeinderat betont nun, „Fakt ist, dass die CDU-Fraktion schon zu Beginn der Diskussionen um dieses Thema vor einigen Monaten im Gemeinderat für eine Bürgerversammlung plädierte und danach auch immer wieder eine derartige Bürgereinbindung vor Festlegung der Standorte einforderte. Unser klares Ziel war es, die Wein-

gartener Bürger frühzeitig zu informieren und bei diesem uns alle betreffenden Thema mitzunehmen.“

Diese Meinung der Christdemokraten sei leider von Bürgermeister Eric Bänziger und den anderen Fraktionen nicht mitgetragen worden.

Am 21. Juli habe das Thema erstmals auf der Tagesordnung des Gemeinderates gestanden – acht Tage vor der angesetzten Informationsversammlung.

Gleich zu Beginn der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes habe die CDU ihre Forderung erneuert, keine Entscheidung über die Prioritäten der

Standorte zu treffen und die Informationsveranstaltung abzuwarten. Mit „nicht nachvollziehbarem Zeitdruck“ hätten dann die Fraktionen von WBB, Grüne Liste und FDP für eine sofortige Entscheidung argumentiert.

„Die SPD, die sich eingangs unserer Forderung angeschlossen hatte“, habe – so Gerhard Fritscher – vor dem Hintergrund des dargestellten Zeitdrucks kurzfristig ihre Meinung geändert.

Die CDU Weingarten betont, „dass es ein Gebot der Humanität ist, Flüchtlingen zu helfen und diese in unsere Gesellschaft zu integrieren“. Dabei seien sich alle Fraktionen im Gemeinderat einig gewesen. Nur über die Standorte habe es unterschiedliche Auffassungen gegeben. Matthias Kuld

„Flüchtlingen
muss geholfen werden“
